



Gereon Hermens, Anti-Atomkraft-Aktivist, lagert in seinem Keller in Aachen Kisten mit Schutzausrüstungen für den Fall eines Super-Gaus.

Die Atomkraft endet, die Angst bleibt

Am 15. April gehen die letzten drei deutschen AKW vom Netz. Damit endet eine Ära von enormer gesellschaftspolitischer Bedeutung: Im Zuge der Atom-Kontroverse haben die Deutschen alle Formen des bürgerlichen Widerstandes einstudiert.

VON CHRISTOPH DRIESSEN

Aachen – Zwischen Martinslaternen und Schlafsäcken lagert im Keller von Familie Hermens in Aachen die Ausrüstung für den Super-Gau. In Plastikbehältern mit dem Atomzeichen – einem kleinen schwarzen Kreis auf neongelbem Grund, umgeben von drei schwarzen Flügeln – befinden sich säuberlich verpackt 25 Schutzanzüge, dazu Atemschutzmasken und Jodtabletten. Auch Lebensmittelvorräte für zwei Wochen werden immer wieder aufgefüllt.

aus dem Garten reingeholt werden.

Gereon Hermens ist in gewisser Weise symptomatisch für den deutschen Atomausstieg, der sich auf die Formel bringen lässt: „Wir sind raus – aber wir sind auch die einzigen.“ Die Sache ist deshalb noch nicht ausgestanden. Können die Deutschen überhaupt jemals mit der Atomkraft abschließen? Seit Jahrzehnten hat sie die Geschichte der Bundesrepublik entscheidend geprägt.

Vereinfacht könnte man sagen, dass die Deutschen mit der Atom-Kontroverse den bürgerlichen Protest einstudiert haben. Klar, große Demos gab es auch vorher schon, etwa gegen den Vietnamkrieg. Doch in der Anti-Atomkraft-Bewegung fanden erstmals breite Schichten der Bevölkerung zusammen. Das aus Dänemark importierte Logo „Atomkraft? Nein danke!“ mit lachender roter Sonne wurde zum wohl bekann-



Auch Jodtabletten hat Familie Hermens vorrätig. Die deutschen Atomkraftwerke sind zwar bald alle vom Netz. Aber der belgische Reaktor Tihange ist nicht weit entfernt von Aachen.

badischen Wyhl Mitte der 70er Jahre sowohl linke Freiburger Studenten als auch konservativ eingestellte Winzer und Bauern auf die Beine. Es existierten dort auch enge Verbindungen zur französischen Anti-Atomkraft-Bewegung, die Jahre früher entstanden war. „In Frankreich war der militärisch-industrielle Komplex aber einfach zu stark“, sagt Radkau. „Da wurden Demonstrationen

der Grünen-Mitbegründerin Petra Kelly. Umgekehrt sahen manche Politiker die Großdemos in einer Linie mit dem RAF-Terror, der zu dieser Zeit seinen Höhepunkt erreichte.

Die Tatsache, dass dem Protest der AKW-Gegner langfristig Erfolg beschieden war, widerlegt die These vom Atomstaat denkbar eindeutig. Der 79 Jahre alte Radkau warnt denn auch vor einem Schwarz-Weiß-Denken nach dem Motto: hier die Aktivisten, dort die Atomlobby. „Gerade die Ingenieure, die Techniker wussten von Anfang an um die Risiken der Atomkraft, und deshalb gab es gerade auch in der Energiewirtschaft und in Konzernen wie RWE namhafte Skeptiker.“ Zwischen beiden Seiten habe es hinter den Kulissen schon früh Kontakte und Gespräche gegeben.

Radkau hält auch nichts von der These, dass eine zur Hysterie neigende „German Angst“ die deutsche Anti-

oft die Sorge um die Gesundheit ihrer Kinder an. Berichte über die Folgen des radioaktiven Niederschlags amerikanischer Atombombentests hatten sich eingebrannt. Sie übertrugen das auf die zivile Nutzung der Kernenergie. Gegenpropaganda wie die Walt-Disney-Doku „Unser Freund das Atom“ (1957) änderte daran nichts.

Die Atomkatastrophe von Tschernobyl im Jahr 1986 bestätigte die Befürchtungen der Atomkraftgegner auf dramatische Weise. Nach den Grünen schrieb sich nun auch die SPD den Atomausstieg auf die Fahnen. Die Proteste gegen das Atommüll-Lager Gorleben in Niedersachsen und die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf in Bayern gingen danach noch jahrzehntelang weiter. Blockaden gegen die Castor-Transporte mit Atommüll nach Gorleben kamen dazu. Der beginnende „Klima-Alarm“ wurde von den Atom-

der Atomstromproduktion nach einer „Regellaufzeit“ von 32 Jahren pro Kraftwerk. Neubauten waren nicht mehr erlaubt. Acht Jahre später verlängerte die CDU/CSU/FDP-Koalition die Laufzeiten wieder, doch nach der Atomkatastrophe von Fukushima 2011 drückte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gegen innerparteiliche Kritik den endgültigen Ausstieg durch. „Das war’s“, sagte sie damals laut „Spiegel“ im Kreis von Vertrauten über die Zukunftsaussichten der Atomenergie.

Für Gereon Hermens, den auf vielfältige Weise bürgerschaftlich engagierten Aachener, ist der Ausstieg überfällig. „Ich finde es frustrierend, dass über einen so langen Zeitraum hinweg ein so unfassbarer Aufwand betrieben werden musste, um die damit verbundenen Gefahren und die Ewigkeitskosten zu erkennen und dann letztlich zu handeln. Jetzt hat es zwar

drei deutschen Atomkraftwerke abgeschaltet werden, wird daran nichts ändern. Denn das weniger als 60 Kilometer von Aachen entfernte Kernkraftwerk Tihange in Belgien bleibt weiter in Betrieb.

„Wir sind keine Prepper-Familie“, betont Bauingenieur Gereon Hermens – in Anspielung auf Leute, die ständig das Schlimmste befürchten und sich dementsprechend einbunkern. „Aber wir haben uns eben gefragt: Was ist, wenn wirklich was passiert? Würden wir dann nicht sagen: ‚Hätten wir uns doch mal rechtzeitig Schutzanzüge besorgt!‘“ Seine Frau und er haben sogar einen kleinen Notfallplan ausgearbeitet: Wenn Tihange in die Luft fliegt, würden die drei Kinder aus der Schule in Papas Büro in der Innenstadt kommen und von dort mit ihm auf dem schnellsten Weg nach Hause fahren. Dort würden sie dann erstmal für zwei Wochen im Haus bleiben, um dem radioaktiven Regen – dem Fallout – zu entgehen. Die Kinder haben darauf bestanden, dass im Fall der Fälle auch die Meerschweinchen

zen Generation. „Die Kontroverse über die Kernenergie war die größte öffentliche Kontroverse in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik“, sagt der Umwelthistoriker Joachim Radkau, Autor des Standardwerks „Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft“ (1983).

So brachte der geplante Bau eines Kernreaktors im

knüppelt als bei uns.“

Die damaligen Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Polizisten waren heftig. Beide Seiten gingen von der Prämisse aus, dass es hier nicht nur um eine Energiefrage ging, sondern um die Zukunft der jungen deutschen Demokratie. „Die Atomkraft bedingt den Polizeistaat“, war eine bekannte Aussage



31. März 1986, Wackersdorf: Während Protesten gegen die Wiederaufbereitungsanlage kommt es am Bauzaun zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten.

An den Protesten waren viele Frauen beteiligt

Atomkraft-Bewegung befeuert habe. „Gerade diejenigen, die sich auskannten, hatten ja Bedenken. Es gab zwar Schlagwörter wie ‚Atom-Psychose‘ und ‚Atom-Hysterie‘ – aber die standen gerade im Gegenteil für eine naive Kernkraft-Begeisterung.“ Die Deutschen übten im Zuge der Atomkraft-Kontroverse nicht nur das Demonstrieren ein, sondern auch viele andere Mobilisierungsformen wie das Abhalten von Bürgerversammlungen und die Einflussnahme auf Verwaltungen über Eingaben sowie Klagen vor Gericht. „Es wird heute zu wenig beachtet, dass Anti-AKW-Aktivistinnen frühzeitig Rückhalt bei Gerichten fanden“, sagt Radkau und verweist auf das Würigassen-Urteil, das schon 1972 Sicherheit über Wirtschaftlichkeit stellte.

Kaum noch im öffentlichen Bewusstsein ist heute auch, dass an den Protesten von Anfang an auffallend viele Frauen beteiligt waren. Sie trieb

ein Ablenkungsmanöver gehalten. „Erst im Laufe der 90er Jahre ist es auch mir selber klar geworden, dass man das ernst nehmen musste“, räumt Radkau ein.

2002 beschloss die rot-grüne Bundesregierung ein Ende

nerseits mit einer gewissen Erleichterung verbunden sein. Aber Genugtuung empfinde ich nicht.“ Und die Schutzanzüge im Keller? „Davon hoffe ich, dass das die überflüssigste Investition meines Lebens gewesen ist.“



EINE INVESTITION

BRINGT NOCH IMMER DIE BE

NUTZE DIE 0% FI

WIR

AZUBI GESUCHT

WIR BILDEN AUS




Exklusiv Partner von



BREMEN | SULINGEN | WILDESHAUSEN | LOHNE

www.kuechen-fuer-alle.de

Mittwoch, 12. April 2023

CHRONOLOGIE

■ Die Anfänge

1955 schafft die damalige Bundesregierung ein Ministerium für Atomfragen. 1957 wird als erster Atomreaktor in Deutschland der Forschungsreaktor der Technischen Universität München in Betrieb genommen.

■ Der erste Atomstrom

1961 beginnt das Atomkraftwerk (Akw) Kahl in Bayern als erster deutscher Meiler mit der Einspeisung von Atomstrom in das öffentliche Netz, 1974 geht der weltweit erste 1200-Megawatt-Block im hessischen Biblis ans Netz.

■ Beginn der Proteste

1975 kommt es zu ersten großen Protesten gegen den Bau eines Akw im südbadischen Wyhl – mit Erfolg. Von Mitte der siebziger bis Mitte der achtziger Jahre gibt es weitere Massenproteste vor allem in Brokdorf, Gorleben, Kalkar und Wackersdorf.

■ Problem Atommüll

1984 wird das Brennelement-Zwischenlager Gorleben für schwachradioaktive Abfälle in Betrieb genommen. Es soll die Zeit bis zum Bau eines Atommüll-Endlagers überbrücken. Wenige Jahre später wird das Projekt der Wiederaufarbeitung von Atommüll in Deutschland angesichts der Proteste aufgegeben. Deutscher Atommüll wird nach Frankreich und Großbritannien gebracht. 1995 rollen erste Castor-Transporte mit aus Frankreich zurückgebrachtem Atommüll nach Gorleben.

■ Der Ausstiegsbeschluss

Nach ihrem Wahlsieg 1998 schreiben SPD und Grünen den Atomausstieg als Ziel im Koalitionsvertrag fest. 2002 wird dieser gesetzlich festgeschrieben. Demnach sollte das letzte Akw rechnerisch 2022 abgeschaltet werden. Nach dem Regierungswechsel 2009 verlängert die CDU/FDP-Koalition unter Kanzlerin Angela Merkel die Laufzeiten für die noch verbliebenen 17 Akw um acht bis 14 Jahre. Die erneute Kehrtwende kommt nach der Reaktor-katastrophe 2011 in Fukushima. Acht ältere deutsche Akw werden sofort vom Netz genommen, für neun Anlagen werden feste Daten für eine schrittweise Abschaltung bis Ende 2022 festgelegt.

■ Neue Debatte

Die durch den russischen Überfall auf die Ukraine ausgelöste Energiekrise lässt 2022 Forderungen nach einem Abrücken vom Atomausstieg laut werden. Festgelegt wird nach einem Machtwort von Kanzler Olaf Scholz (SPD) ein Streckbetrieb.